

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP; Arbeitsaufträge an die Verwaltung						
Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	Bemerkungen	Ergebnis
180	002	1114-002	17	-674.870	<p>Integrationsrat: -45.000 Euro. Im letzten Haushalt stellte der Integrationsrat einen Antrag auf die Schaffung einer externen Stelle, einer Ombudsstelle mit 50%. Der Betrag war offen, weil der IR diesen nicht schätzen konnte. Die Stadtverwaltung hat diesen offenen Betrag mit einer Schätzung von 28.400 Euro im Haushalt eingestellt. „Bezuschussung einer 0,5 AK; EG 9a; 28.400 Euro pro Jahr: Zunächst Befristung auf 2 Jahre, um zu prüfen, ob es dauerhaften Bedarf gibt. Ein entsprechender Bericht soll Ende nächstes Jahr erfolgen.“</p> <p>Der IR freut sich über die Zustimmung zu einer Ombudsstelle und hat eine „AG Ombudsstelle“ gegründet und hat an folgenden Punkten zu dieser Stelle gearbeitet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einrichtung einer externen Ombudsstelle - Arbeitsweise und Befugnisse - Stellenprofil <p>Es stellte sich heraus, dass die geplante Summe von 28.400 Euro den Ansprüchen an diese Stelle nicht genügt. Die AG hat beschlossen, dass es zum Haushalt 2023 einen Zusatzantrag zu dieser Stelle geben soll.</p> <p>Die Stelle muss nach Erkenntnissen dieser Arbeitsgruppe mit TVÖD 11 Stufe 3 eingestuft werden. Das sind ungefähr 36.000 Euro.</p> <p>Außerdem benötigt die Stelle Sachmittel. Diese werden von der Gruppe festgelegt auf 9.000 Euro zusätzlich. Somit ergibt sich der Betrag von 45.000 Euro.</p> <p>Zwei Dinge möchte der IR an dieser Stelle nochmals betonen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Dem IR ist die Neutralität der Ombudsstelle sehr wichtig. Was bedeutet das? Diese Stelle soll nicht parteilich agieren und vor allem vermitteln, schlichten und zu gütlichen Einigungen mit der Stadtverwaltung führen. Dies wird in den allermeisten Fällen auch möglich sein. Nur in strittigen Fällen soll es die Option geben, d+Q19ass eine Sachverständige_r mit hinzugezogen wird. Mit dieser/diesem Sachverständige_n müssen beide Seiten einverstanden sein. Dafür bedarf es einer Kommission, die darüber entscheidet. Der Integrationsrat soll in die Gründung und Aufstellung der Beteiligten in dieser Kommission miteinbezogen sein. 2. Die Stelle hat auch bis zu 25% die Aufgabe der Verweisberatung. Was bedeutet das? Die Ombudsstelle wird konfrontiert sein mit anderen Fragen als es der IR als Hauptaufgabe für diese Stelle sieht. Etwa Fragen der des gesetzlichen Aufenthaltsstatus oder Dokumente, die zur Existenzsicherung notwendig sind, um weitere Anträge zu stellen. Oder ganz neu wird dazu kommen: Fragen des Chancenaufenthaltsrechts. Hier soll die Stelle zum genannten prozentualen Anteil auch Verweisberatungsaufgaben übernehmen. Sollte dieser Anteil zu groß werden, hat die Stelle dies dem IR zu melden und der IR versucht eine Lösung herbeizuführen. <p>Hinweis der Verwaltung: Die Verwaltung entwickelt dazu eine Vorlage und wird noch vor der Sommerpause mit einem Vorschlag ins Plenum des Integrationsrats gehen.</p>	<p>Bereitstellung von zusätzlichen 16.560 Euro mit Sperrvermerk. Vorlage der Verwaltung soll abgewartet werden, Bericht im Verwaltungsausschuss</p>

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP; Arbeitsaufträge an die Verwaltung						
Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	Bemerkungen	Ergebnis
180	2	1114-002	17	-674.870	<p>AL/Grüne: -10.000 Euro. move on: Der neue Akteur als zivilgesellschaftliche Organisation in der Beratung von Geflüchteten und Lobbyarbeit und Vernetzung macht seit etlichen Jahren viel ehrenamtliche Arbeit bzw. hat sich kleinere Summen bei Stiftungen beschafft. Der Bedarf an Beratung ist groß. Der Verein hat viel Kompetenz bei den verschiedenen Themen der Asylverfahrensberatung aufgebaut. Die Mitarbeiter_innen der Stadtverwaltung der Abteilung „Hilfen für Geflüchtete“ dürfen diese Beratung nicht machen. Der Verein betätigt sich auch als engagierter und kritischer Lobbyist in flüchtlingspolitischen Themen, z.B. ist er seit etlichen Jahren im Jour Fixe ABH dabei. Der Bedarf an Beratung ist groß, auch durch den Ukraine-Krieg nochmals angewachsen (es ist hier vor allem Formularhilfe und Unterstützung von Drittstaatenangehörigen gefragt).</p> <p>SPD: -30.000 Euro. Zuschuss move on menschen.rechte Tübingen e.V.: Weiterermöglichung von bisher überwiegend ehrenamtlich geleisteter wichtiger Sozial- und Beratungsarbeit.</p> <p>Linke: -30.000 Euro. Das Projekt "Plan.B" des Vereins "move on" ist eine Fachberatungsstelle und hat sich als Schnittstelle zwischen Geflüchteten, Sozialarbeiter_innen, Ehrenamtlichen, Arbeitgeber_innen, Rechtsanwält_innen und Behörden entwickelt. Es unterstützt die Geflüchteten bei der Erfüllung ihrer Mitwirkungspflichten, bei Arbeitsvermittlung und Antragstellung. Dabei handelt es sich um keine Doppelstruktur, da andere Stellen diese Aufgaben nicht erfüllen.</p> <p>Fraktion: -30.000 Euro. Seit Anfang 2020 berät und unterstützt das Projekt „Plan.B“ geflüchtete Menschen in der Stadt und im Landkreis Tübingen sowie der weiteren Region bei der Wahrnehmung ihrer Rechte im Bereich des Asyl- und Aufenthaltsrechts sowie in den Bereichen Bildung und Beschäftigung und trägt damit zur nachhaltigen Integration von Geflüchteten bei. Neben der Beratung im Asylverfahren unterstützt das Projekt insbesondere Geflüchtete, deren Asylanträge zuvor abgelehnt wurden, die aber über Bildung, Arbeit oder Ausbildung gut in die Gesellschaft integriert sind, beim Erreichen einer Bleibeperspektive. Move on hat eine Regelförderung durch die Stadt Tübingen von jährlich mindestens 30.000 Euro beantragt. Die Summe ergibt sich aus der Kalkulation für unsere Leistungen für unser Projekt Plan.B. Wir haben sowohl bei der Stadt Tübingen, beim Landkreis Tübingen als auch beim Land BW einen Antrag für Plan.B gestellt. Der von uns errechnete Bedarf ist insgesamt 104.000 Euro im Jahr 2023. Der Landkreis, bei dem sie auch 30.000 Euro pro Jahr beantragt haben, hat inzwischen für 2023 einen Zuschuss von 20.000 Euro bewilligt. Das Land Baden-Württemberg, bei dem sie 40.000 Euro Zuschuss pro Jahr beantragt haben, hat den Antrag abgelehnt. Im Moment kann move on ihr Projekt noch nicht so ausführen, wie sie das gerne tun würden und machen unzählige unbezahlte Stunden Arbeit.</p>	<p>move on -> Bereitstellung von 30.000 Euro. Auftrag an die Verwaltung, deren Arbeit bitte nochmal durch Präsentation vorgestellt bekommen.</p>
182	003	5610-003	17	-328.510	<p>CDU: -50.000 Euro. Die Ausstattung von Privathäusern mit Photovoltaikanlagen ist ein wichtiges Element, um den Einatz erneuerbarer Energien zu unterstützen und um den Anteil erneuerbarer Energien an der lokalen Stromerzeugung zu erhöhen. Wir beantragen, dass die Stadt den Zuschussbetrag, der aus Bundesmitteln für die Einrichtung von Photovoltaikanlagen zur Verfügung gestellt wird, um 5 % der Gesamtkosten erhöht (maximal 2.500 Euro). Die Mittel sollen gezielt für Photovoltaikanlagen auf Dächern von Privathäusern zur Verfügung stehen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Vom Bund gibt es lediglich einen vergünstigten (KfW-)Kredit. Der vorhandene städtische PV-Fördertopf kann aufgestockt werden.</p>	<p>Bereitstellung von 50.000 Euro -> mehrheitlich zugestimmt, Bericht über das bestehende Programm ist gewünscht</p>
297	52	3620	12	-2.431.947	<p>Linke: -25.000 Euro, +0,5 AK. Jugendcafé Bricks: FAB Jugendarbeit erhält eine zusätzliche 50% Sozialpädagogenstelle. Personelle Bedarfsanpassung, siehe Antrag JGR.</p> <p>JGR: -25.000 Euro, +0,5 AK. Für Jugendarbeit. Die FAB Jugendarbeit erhält eine zusätzliche halbe Sozialpädagogenstelle für das Jugendcafé Bricks, damit das Angebot ausgebaut werden kann.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Annahme Stellen in S11b und hochgerechnet ab 01.07.2023 wären 36.240 Euro (1,0 AK). Jährliche Folgekosten somit 72.480 Euro.</p>	<p>0,5 AK für das Jugendcafé Bricks. Die 0,5 Stelle muss zwingend für die sozialpädagogische Betreuung sein. -> mehrheitlich zugestimmt</p>
					<p>SPD: -20.000 Euro, +0,5 AK. LudoMobil (0,5 Stelle ab 09/2023)</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in S11b und hochgerechnet ab 01.09.2023 wären 10.750 Euro (0,5 AK). Jährliche Folgekosten somit 21.500 Euro.</p>	<p>0,5 AK LudoMobil mit Sperrvermerk: Aufhebung im Kubis nach Bericht über Tätigkeit des LudoMobils und Bedarf an einer zusätzlichen 0,5 Stelle.</p>

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP; Arbeitsaufträge an die Verwaltung						
Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	Bemerkungen	Ergebnis
297	52	3620	12	-2.431.947	<p>AL/Grüne: <u>-35.000 Euro, +0,4 AK</u>. Schulsozialarbeit Grundschule: Antrag auf Anpassung der Stellen in den Teilorten an die der Kernstadt mit einem Umfang von zusätzlichen 0,4 AK. Begründung: Ähnliche gelagerte Probleme in den Teilorten/Randgebieten bedürfen vergleichbarer Maßnahmen.</p> <p>SPD: <u>+1,5 AK</u>. Schulsozialarbeit: Fortführung der Stellen aus "Aufholen nach Corona"-Programm an Schulen mit erhöhtem Bedarf (sozialindexbasierte Zuteilung). In jedem Falle wird hieraus der Stellenanteil in Hirschau bei 0,5 beibehalten.</p> <p>Tübinger Liste: <u>-83.400 Euro, +1,3 AK</u>. Schulsozialarbeit wegen dringenden Bedarfs an allen Grundschulen. Folgen von Corona und zunehmende Problemlagen. Erhöhung des Stellenschlüssels an allen Tübinger Grundschulstandorten auf 1:275.</p> <p><u>+0,09 AK</u>. Zusätzliche Verbesserung des Betreuungsschlüssels Schulsozialarbeit an der Grundschule Hirschau auf 1:225. Erhalt der 0,5 Stelle, aufgrund der schwierigen sozialen Situation dort. Begründung s. Antrag des Ortschaftsrats Hirschau. Klärung bisher offen, ob weitere Teilorte in gleicher Weise betroffen sind und Antrag auf diese analog auszudehnen ist.</p> <p>CDU: <u>+0,5 AK</u>. Schulsozialarbeit Uhland-Grundschule: Wir beantragen die Aufstockung der Personalmittel für die Schulsozialarbeit an der Uhland-Grundschule im Sinne des vom Ortschaftsrat gestellten Antrags. Die Ortschaft sieht dauerhaft den erhöhten Bedarf für eine präventiv tätige Schulsozialarbeit, um die begonnenen Projekte zur Betreuung aller Schülerinnen und Schüler und zur besseren Integration von Kindern aus Familien mit Flucht- und Migrationserfahrung sowie zur Gewaltprävention fortsetzen zu können.</p> <p>Linke: <u>-30.000 Euro</u>. Schulsozialarbeit: Dringender Bedarf. Die Schulsozialarbeit kann ihre Aufgaben mit dem derzeitigen Stellenumfang kaum erfüllen.</p> <p><u>-0 Euro</u>. Die aufgestockten Stellen an den Schulen sind nicht mehr wegzudenken, siehe Schreiben des Gesamtelternbeirats.</p> <p>FDP: <u>-60.000 Euro</u>. Schulsozialarbeit Teilortschulen-Grundschulen: Jugendsozialarbeit, Situation nach Corona, Beibehaltung der Corona-Standards an den Teilort-Grundschulen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: 1,0 AK Schulsozialarbeit: 19.000 Euro/Jahr 2023 (ab 01.07. gerechnet), ab 2024: 38.000 Euro. Die Beträge sind "netto" zu verstehen, d.h. nach Abzug der Zuschüsse. Schulsozialarbeit in Hirschau: 0,3 AK sind bereits vorhanden, daher wäre eine Erweiterung um 0,2 AK statt 0,5 AK notwendig. Bei Aufstockung der Schulsozialarbeit in den Teilorten, handelt es sich um Zuschüsse an die freien Träger und findet keine Berücksichtigung im Stellenplan</p>	<p>Schulsozialarbeit, Bereitstellung von 30.000 Euro als Transferaufwendungen. Die Zuteilung der Mittel erfolgt nach Bedarf mit Konzentration auf die Teilorte.</p>
297	52	3620	17	-1.062.320	<p>SPD: <u>-22.292 Euro</u>. Zuschuss mobile Jugendarbeit in der Innenstadt.</p> <p>Tübinger Liste: <u>-22.292 Euro mit Sperrvermerk</u>. Zuschuss mobile Jugendarbeit in der Innenstadt. Bitte um ausführliche, zeitnahe Berichterstattung im KUBIS</p> <p>Linke: <u>-22.292 Euro</u>. Mobile Jugendarbeit: Nach Auslaufen des Corona-Aufholpakets wird der Stellenumfang auf 1,5 Stellen gekürzt. Gleichzeitig ist die Nachfrage nach Beratung stark gestiegen, so dass das Personal den Bedarf nicht mehr decken könnte. (siehe Schreiben des Netzwerks "Hilfe zur Selbsthilfe").</p>	<p>Zuschuss Mobile Jugendarbeit Bereitstellung von 22.292 Euro mit Sperrvermerk Bericht über Erfordernis und Einsatz der Mittel. Bericht und Aufhebung Sperrvermerk im KuBis</p>
301	53	3650	14	-2.066.340	<p>AL/Grüne: <u>+1,0 AK</u>. Organisation und Koordination von Maßnahmen zur Weiterbildung in den Kitas durch Dritte nach Ende der Betreuungszeit. Umsetzung des Teilprojekts zur Kompensation des Fachkräftemangels und zur Verbesserung der Betreuungssituation; Eltern oder Vereine allein sind damit überfordert.</p>	<p>Umwidmung Organisation und Koordination zu Sachmitteln in Höhe von 40.000 Euro mit Sperrvermerk. Aufhebung im KuBis nach Bericht bzw. Vorschlag, wie die Mittel eingesetzt werden können.</p>

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP; Arbeitsaufträge an die Verwaltung						
Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	Bemerkungen	Ergebnis
362	021	522001	14	-328.400	AL/Grüne: -12.500 Euro. Gemeinwohlorientierter Eigentumswechsel bei Immobilien: Hauseigentümer, die verkaufen wollen und nicht auf den allerhöchsten Gewinn aus sind, sondern auch das Interesse ihrer Mieter, die weiter da wohnen wollen, im Sinn haben, sollen unterstützt werden. Damit sie eine sozialverträgliche Übergabe der Immobilie organisieren können (etwa unter dem Dach einer Genossenschaft), brauchen sie Ermutigung und Beratung. Es gibt dafür Vorbilder in München und Frankfurt a.M.. (In München und Frankfurt gibt es z.B. so genannte "gemeinwohlorientierte Immobilienagenturen". Diese Agenturen sind Anlaufstellen für sozialverträgliche und gemeinwohlorientierte Hausverkäufe. Sie bringt Eigentümer und Miethaushalte zusammen, wenn der Verkauf eines Mietshauses ansteht.) Das Geld kann mit Sperrvermerk versehen werden und wird frei, wenn ein Konzept für diese Beratung vorliegt, z.B. durch die Wohnbeauftragten.	Bereitstellung von 12.500 Euro mit Sperrvermerk. Aufhebung im PA nach Vorstellung eines Konzepts.
373	71	5110-7	17	-91.300	AL/Grüne: -50.000 Euro. Überdachung von Wegen mit Photovoltaik. Die Stadt Tübingen überdacht in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken (SWT) einen Fuß-Radweg mit durchsichtigen Solarmodulen nach Freiburger Vorbild. Dazu werden den SWT 50.000 Euro für die Anfinanzierung zur Verfügung gestellt und ein entsprechender Beschluss im Aufsichtsrat der SWT herbeigeführt. Der Solardachradweg in Freiburg dient als Test für eine modulare Errichtung ähnlicher Überdachungen an anderen Wegen. Damit können künftig Kosten reduziert werden. Überdachte Wege stehen nicht in Konkurrenz mit Agrarflächen. Der Grund und Boden ist i.d.R. in kommunaler Hand. Der zu erwartende Ertrag von 300 m Radweg wird in Freiburg bei ca. 280 000 kWh liegen und kann ca. 180 Personen im Jahr mit notwendiger elektrischer Energie versorgen. Die Überdachung ist für Fuß- und Radverkehr ein Zusatznutzen. Deshalb sind die Kosten vertretbar. Gestalterisch sind geeignete Wege (z.B. südliche Anbindung Radbrücke West nach Derendingen an der Bahn entlang zu finden.)	Überdachung von Wegen mit Photovoltaik. Reduzierung auf 30.000 Euro mit Sperrvermerk. Die Stadtwerke sollen sich Gedanken machen und zusammen mit der Verwaltung einen Vorschlag machen. Überprüfung und Diskussion im Klimaausschuss, wenn die Stadtwerke das nicht können, dann in KA und Auftrag für Freigabe der Mittel für Studie/externe Beratung freigeben
403	93	5360-9	12	-9.404	SPD: +1,0 AK. Koordinator_in Glasfaserausbau: Vorbereitung und Durchführung eines Markterkundungsverfahrens für das gesamte Stadtgebiet. Siehe Vorlage 12/2023, Lösungsvariante 4.1 und 4.2. Hinweis der Verwaltung: Annahme Stelle in E11 und hochgerechnet ab 01.07.2023 mit 36.200 Euro. Jährliche Folgekosten somit 72.400 Euro.	Koordinator_in Glasfaserausbau 1,0 AK mit Sperrvermerk. Die vertagte Vorlage (12/2023) soll zunächst im PA besprochen werden.
431	93	5470-9	17	-3.889.640	Fraktion: -337.500 Euro. Busticket für alle Fahrten im Tübingen von 19 Uhr bis 6 Uhr zu einem ermäßigten Preis analog des Nachtтарifs in den Parkhäusern, verbunden mit Rabatt bei abendlichen Kulturevents in der Stadt Tübingen. 18:00 Uhr Ticket: Im Tübinger Stadtverkehr zahlt man für eine Hin- und eine Rückfahrt mindestens 4,90 Euro. Das ist verhältnismäßig viel, wenn man sich nur von einem Ortsteil für eine Veranstaltung in die Stadt begeben will. Würde man ein 18:00 Uhr Ticket einführen, könnte man möglicherweise Autoverkehr und alkoholbedingte Auto- und Radunfälle reduzieren. Ein solches Angebot (Abend-/Nachtтарif) gibt es bereits für die Parkhäuser in Tübingen im Gegensatz zum ÖPNV. Jugendgemeinderat: -105.000 Euro. Ausweitung des ticketfreien Tübingen-Angebots auf den Freitagabend ab 18 Uhr. Hinweis der Verwaltung: S. hierzu separate Stellungnahme swt.	Attraktives Abendangebot: Bereitstellung von 200.000 Euro mit Sperrvermerk. Auftrag an die Verwaltung mit Naldo Angebote für einen attraktiven Abendverkehr auszuarbeiten.
neu	022/ 83	5110	8		PSP-Element 7.511009.1006.06, Baufeld Europlatz	Bereitstellung von 250.000 Euro (davon 200.000 Sperrvermerk), Bericht im PA über Vorhaben und Maßnahmen

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Grüne, SPD, Tübinger Liste, CDU, Linke, Die FRAKTION und FDP; Arbeitsaufträge an die Verwaltung						
Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	Bemerkungen	Ergebnis
601	92	4241	8	20.000	PSP-Element: 7.424103.1301.01, Mehrgenerationenpark Kilchberg	Bereitstellung 30.000 Euro mit Sperrvermerk. -> mehrheitlich zugestimmt, Abstimmung mit Ortschaftsrat notwendig.
neu	021	5220	8 11		PSP-Element: 7.522003.0001.01 Wohnungsbau, ergänz. Förd. Neubauten 1.000.000 EUR für den kommunalen Wohnungsbau, um kurzfristig die gute Landesförderung für kommunalen Wohnungsbau auszunutzen (VE). PSP-Element: 7.522000.0002.01 Kommunaler Wohnungsbau 1.000.0000 EUR zur Aufrechterhaltung der unterjährigen kommunalen Handlungsfähigkeit (Ausstattung Dachgenossenschaft, Unterstützung gemeinwohlorientierter Akteure, Schaffung von Wohnraum für städtische Mitarbeite:innen etc.) (VE). PSP-Element: 7.522000.0001.01 Eigenkapitalerhöhung GWG: 1.000.000 EUR zur Eigenkapitalerhöhung bei der GWG (VE).	Kommunaler Wohnungsbau gegenseitige Deckungsfähigkeit für die drei PSP-Elemente.
neu	92	5510	8		PSP-Element 7.551002.1005.01, Französisches Viertel, Freiflächen und Spielplätze	Auftrag an die Verwaltung, dem Gemeinderat eine Prioritätenliste Erneuerungsbedarf der Spielplätze vorzulegen. -> mehrheitlich zugestimmt
612	93	5360	9		PSP-Element: 7.536001.0000.01 Ausbau Netzinfrastruktur, Breitbandkabel	Bereitstellung von 50.000 Euro mit Sperrvermerk. Die vertagte Vorlage (12/2023) soll zunächst im PA besprochen werden.